



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach dem Schluß des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nach dem Schluß des Zollparlaments.*)

Aus Schwaben. Anfang Juni.

Bevor das Zollparlament seine erste Probe bestand, hat man, um seine Bedeutung ins Licht zu stellen, vielfach daran erinnert, wie noch vor kurzem eine parlamentarische Reform des Zollvereins überhaupt als das höchste erreichbare Ziel angesehen wurde. Auch jetzt nachdem die erste Session vorüber, und die Urtheile über den Werth dieser Einrichtung, je nach den Hoffnungen, die an sie geknüpft waren, schwanken ist es nicht ohne Interesse, sich zu vergegenwärtigen, was man einst von ihr erwartete, ehe das Jahr 1866 sie ins Leben rief.

In sehr ausführlicher und zum Theil scharfsinniger Weise ist der Gedanke, mittelst einer parlamentarischen Reform des Zollvereins dem Problem der deutschen Einheit näher zu rücken, in einer Schrift entwickelt, die im Jahr 1862 erschien und einen schwäbischen Professor zum Verfasser hatte.**) Sie entstand in einer Zeit, da der Gegensatz von Preußen und Oestreich, von Nord und Süd, von Freihandel und Schutz Zoll heftiger als je auseinanderstieß, da die Schlagworte Großdeutsch und Kleindeutsch bereits zu ermüden begannen und der schon ältere Gedanke sich wieder aufdrängte, ob nicht die deutsche Frage auf einem praktischeren Wege, als ihn die bisherigen Parteiprogramme wiesen, wenn auch vorerst in bescheidener Weise angefaßt werden könne. Es war nach Frauer der wesentliche Fehler des Gagernschen Programms, daß es den angestrebten Bundesstaat in kein Verhältniß zum Zollverein setzte; denn „einen deutschen Bundesstaat gründen zu wollen ohne den Zollverein als Grundlage und Ausgangspunkt zu benützen, ist so thöricht, wie wenn man ein Haus auf einem bestimmten Boden bauen wollte, ohne das Erdgeschosß zu berücksichtigen, das schon auf diesem Platze steht.“ Die parlamentarische Verfassung des reformirten Zollvereins dachte sich nun der Verfasser ganz in derselben Weise, wie sie jetzt eingeführt ist. In Betreff der Zuständigkeit der Vereinsorgane war seine Meinung, daß dieselben in bescheidenem Umfang beginnend und zunächst auf das Handels- und Verkehrsleben der Nation beschränkt, sich allmählich über immer weitere Gegenstände ausdehnen sollten, bis sie schließlich die eigentlich politischen Organe der Nation geworden wären. Als der Anfang erscheint ihm, daß alle Akte der inneren Gesetzgebung, wie alle Verträge mit dem Ausland, anstatt wie bisher an die Zustimmung der einzelnen Regierungen und Landstände ge-

*) Die Redaktion stellt die beiden folgenden Berichte geehrter Correspondenten nebeneinander, weil sie für die verschiedenartige Beurtheilung des ersten Zollparlaments durch unsere Freunde in Süddeutschland charakteristisch sind.

**) Die Reform des Zollvereins, und die deutsche Zukunft, zur Versöhnung von Nord und Süd. Von Dr. L. Frauer. Braunschweig 1862.

bunden zu sein, vor die beiden Häuser des Parlaments (Staatenhaus und Volkshaus) gebracht werden und durch Mehrheitsbeschlüsse Gesetzeskraft erlangen sollten. Auch in dieser Beschränkung hatten die neuen Organe Gelegenheit, wichtige und bedeutende Gesetzesarbeiten vorzunehmen, so insbesondere die Fragen über die Uebergangsabgaben und eine rationelle Reform des Tarifs, die Steuer auf Rübenzucker, die Gegenstände der Zollordnung und Verwaltung. Ohne daß nun der Verfasser einem allzurasthen Wachstum der Kompetenz der Bundesorgane das Wort redet, ist er doch der Ansicht, daß dieselbe sowohl aus Gründen der Zweckmäßigkeit als aus allgemein nationalen Motiven nothwendig auf eine Reihe weiterer Gegenstände der Handelspolitik und des Verkehrs ausgedehnt werden müsse. Ohne Zweifel werde sich die bundesstaatliche Ausbildung des Vereins, die einheitliche Zusammenfassung der wirklich gemeinsamen Lebensgebiete der Nation nur allmählich durchsetzen, sie werde sich Schritt für Schritt den ihr nothwendigen Boden erst erkämpfen müssen. Aber „eben in diesem Kampf wird die Bürgerschaft liegen, daß sie auf das wahre Bedürfniß beschränkt bleibe, daß aber auch das, was insolge wahrhaften Bedürfnisses centralisirt wird, der Gemeinsamkeit nicht wieder entrisen werden kann, mit anderen Worten: daß der Bundesstaat, soweit er wirklich eingerichtet wird, nicht mehr umgestoßen werden kann.“ Es wird dann eine ganze Reihe von Gegenständen aufgezählt, welche entweder auf einmal oder nach und nach der gemeinsamen Gesetzgebung zugewiesen werden müssen, und der Verfasser meinte, es sollte in den Verträgen ausdrücklich für die Möglichkeit einer Erweiterung der Kompetenz gesorgt und hiesür ein bestimmter Weg festgesetzt werden. Am Ziele dieser Entwicklung steht dann die Befriedigung derjenigen Einheitsbedürfnisse, welche zwar auch in erster Linie der Handelspolitik angehören, zugleich aber in die höhere Politik übergreifen: die Schöpfung einer deutschen Flotte, deutsche Consulate, gemeinsame diplomatische Vertretung. Endlich aber werde sich das Bedürfniß einer Weiterbildung der deutschen Centralorgane über den Kreis der handelspolitischen Kompetenz hinaus noch fühlbar machen und seine Befriedigung nur finden, wenn den Zollvereinsorganen, nachdem sie sich dauerhaft und fruchtbar erwiesen haben, schließlich die letzten und wesentlichsten Attribute einer bundesstaatlichen Gewalt: oberste militärische Gesetzgebung und diplomatisch-militärische Oberleitung der vereinigten deutschen Staaten in Krieg und Frieden beigelegt werden.

So also dachte sich ein patriotischer Mann sechs Jahre vor Königgrätz den Gang der deutschen Entwicklung. In einem reinlichen Programm waren die einzelnen Etappen verzeichnet. Langsam aber stetig sollte sich aus einem anfangs dürftig ausgestatteten Körper durch allmähliche Ausdehnung der Befugnisse der nationale Bundesstaat entpuppen. Noch im Augenblick, als

das erste Zollparlament zusammentrat, war es eine weitverbreitete Vorstellung, daß die Dinge in ähnlicher Weise verlaufen würden. War nur erst der Anfang gemacht, besaß man nur erst ein Parlament, — so dachten viele — werde sich alles weitere eigentlich von selber machen.

Heute nach dem Schluß der ersten Session wird schwerlich irgend Jemand dieser optimistischen Meinung huldigen. Es ist nicht zum geringsten das Verdienst des süddeutschen Widerstands, von jedem Versuch auf falschen Spuren gründlich abgelenkt und auf den einzig richtigen Weg wieder zurückgewiesen zu haben, auf den Weg des Anschlusses der süddeutschen Staaten an den constituirten Nordbund.

Der Verfasser der genannten Broschüre hatte auf eine friedliche Reform der Zollvereinsverfassung gerechnet und von einer unbestimmt langen Reihe von Friedensjahren deren Ausbildung und Reife erwartet. Nun hat aber die Erfahrung gezeigt, daß selbst der bescheidene Anfang einer parlamentarischen Verfassung des Zollvereins schlechterdings nicht möglich war, ohne daß die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Oestreich durch das Schwert vorausging. Und seitdem sind wir um eine weitere Erfahrung reicher. Der Verfasser rechnete auf den guten Willen der Betheiligten, ein Factor, der bereits in den Verhandlungen über die Freizügigkeit eigenthümliche Illustration erhalten hat. Im Grunde ist in diesem Punkt alles einig, dennoch scheint man noch völlig rathlos dem Problem gegenüberzustehen, auf welche Art und Weise, in welcher schicklichen und angemessenen Form dieser Gegenstand für die gemeinsame Gesetzgebung gewonnen werden soll. So wenig bewährt es sich, daß alles weitere sich gleichsam von selbst ergeben werde. Nur harter Zwang hat die neue Einrichtung geschaffen. Es ist zu vermuthen, daß auch jeder weitere noch so bescheidene Fortschritt nur durch die innerbittliche Noth zu erreichen wäre. Treten aber solche Momente der Noth ein, so muß heute — nach 1866 — mehr zu erreichen sein, als bloß eine weitere homöopathische Dosis für die Competenz der Vereinsorgane.

Aber auch den besten Willen vorausgesetzt, den Kreis der gemeinsamen Gesetzgebung auszudehnen, so würde uns dies der politischen Einigung dennoch schwerlich näher bringen. Das Gegentheil wäre zu befürchten. Denn indem der Süden die wohlthätigen Folgen der Gemeinsamkeit auf allen Gebieten des Verkehrslebens im weitesten Umfang genösse, würde er vermuthlich immer weniger das Bedürfniß einer politischen Vereinigung empfinden. Im Genuß aller Vortheile der Einheit würde er nicht nach Uebernahme der entsprechenden Pflichten verlangen. Nur dann kämen wir auf diesem Weg der Einheit näher, wenn es gelänge, den Organen des Zollvereins gleichzeitig immer mehr die Attribute des Staats zu übertragen, sodas schließlich die Verfassung des Zollvereins und die Verfassung des norddeutschen Bundes sich decken

würden. Es ist aber undenkbar, daß auf solche Weise ein Staat entstehen kann. Es ist doch eine höchst unklare und phantastische Vorstellung, daß der Zollverein durch Häufung der Befugnisse seiner Vertretung etwas werden könne, was er seiner Natur nach gar nicht ist, nämlich ein staatlicher Körper. Im glücklichsten Falle ständen wir vor einer Reihe von Experimenten, zu welchen auch den Deutschen die Geduld nicht ausreichen möchte. Wir wären an einem neuen Anfang, neben demjenigen Anfang, der sicher und erfolgverheißend längst gemacht ist. Es hieße, während die Grundmauern eines Baus bereits stattlich aus der Erde steigen, daneben wieder ein anderes Fundament ausgraben. Es hieße um eines Ungewissen willen das Gewisse aufopfern, ein verhängnißvolles Verlassen des geraden Wegs, der seit der Gründung des Nordbunds vorgezeichnet ist.

In gewissem Sinn gilt also noch heute, was Paul Pfizer vor 23 Jahren freilich vom damaligen Zollverein geschrieben hat: „der Zollverein in seiner jetzigen Gestalt ist auch nur eines von den Surrogaten, welche die Sache selbst niemals ersetzen können, und je länger derselbe besteht, desto entschiedener muß diese Wahrheit ans Licht treten. Aber gerade die mit der Zeit erlangte Einsicht von der Unmöglichkeit, die Einheit deutscher Nation auf einen bloßen Handelsbund zu gründen, wird in nationaler Beziehung vielleicht eine der segensreichsten Wirkungen der deutschen Handelseinigung sein.“

Sind nur erst jene irrigen Vorstellungen beseitigt, so kann man sich umso unbefangener dessen erfreuen, was das Zollparlament — abgesehen von seinen nächsten Aufgaben — wirklich bedeutet und besonders für uns Süddeutsche bedeutet. Ein Mitglied der süddeutschen Fraction hat dasselbe in der ihm eigenthümlichen Ausdrucksweise eine „Judenschule“ genannt. Wahr ist daran soviel, daß es allerdings eine Schule ist: es ist wesentlich eine pädagogische Anstalt für den Süden, so lang dieser am deutschen Staat noch keinen Antheil hat. Es ist das Mittel, die süddeutsche Bevölkerung aus ihrem glücklichen Genügen herauszuheben und in das politische Leben der Nation einzuführen. Schon die Wahlbewegung, so unerfreulich ihr Ausgang auch war, hatte doch wenigstens den Erfolg, das politische Interesse über die engen Wände des Particularstaats hinauszutragen und dem Norden d. h. dem jetzigen Centrum der Nation zuzuwenden. Das war es, was den doctrinären Theil der Volkspartei in richtigem Instinct zu dem Entschluß veranlaßt hatte, dem schwäbischen Volk die Theilnahme an den Wahlen zu verbieten, und schon damals war es ein erster Erfolg der nationalen Sache, daß das Volk, dieses Verbot seiner Führer mißachtend, aufs lebhafteste in den Kampf eintrat und die Führer selbst mit sich fortriß. Die nationale Frage ist von nun an das beherrschende Moment für das politische Leben des Sü-

dens, sie wird das einzig unterscheidende der Nation sein, und auch dazu ist der Anfang schon bei den letzten Wahlen gemacht worden. Nirgends handelte es sich bei den Candidaten um die Frage: Liberal oder Conservativ? Schutz Zoll oder Freihandel? Einzig das Verhältniß zur nationalen Frage entschied. Alle württembergischen Abgeordneten, auch diejenigen, welche in den speciellen Aufgaben des Parlaments sich rühmen können competent zu sein, sind nur wegen ihrer politischen Parteistellung gewählt worden. Es war daher immerhin auffallend, daß gerade sie sich berufen fühlten, so oft ein politisches Wort fiel, sich zu Obercompetenzrathen der Versammlung aufzuwerfen. Dieselben Abgeordneten, die bei jedem politischen Luftzug rheumatische Schmerzen verspürten, hatten gar keine andere Legitimation, im Parlament zu sitzen, als eben ihre politische Gesinnung, von welcher sie in den Candidatenreden ihre Wähler ausschließlich unterhalten hatten. Und in Zukunft wird es nicht anders sein. Die Verbindung unserer Demokratie mit den Reactionären und Ultramontanen ist, wie sich schon jetzt zeigt, eine mehr als vorübergehende. Auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird der Kampf wieder um dieselben Schlagworte geführt werden. Dieselben Phrasen werden wir auch fortan im Stuttgarter Beobachter und im Münchner Volksboten lesen. Auch in Zukunft werden die Namen unserer Freiheitshelden mit den Vertretern des dicksten Bajuwarenthums friedlich gesellt unter denselben Altentücken prangen.

Dabei hat sich die nicht eben überraschende Wahrnehmung ergeben, daß für die sogenannte Volkspartei kein Raum ist in einem deutschen Parlamente. Als Volkspartei hat sie gar keine Rolle spielen können, sondern nur als Theil der süddeutschen Fraction, in welcher sie neben den vorwiegenden reactionären Richtungen eine höchst untergeordnete Stelle eingenommen hat. Sie ging geradezu auf in eine Fraction, in welcher die Junker und Clericalen die anerkannte Führung hatten. Diese untergeordnete Rolle schienen sie selbst zu empfinden, kein Mitglied der schwäbischen Volkspartei ergriff im Parlamente je das Wort. Nur in einer Volksversammlung entwickelte Desterlen die bekannten Sätze der Volkspartei, aber auch hier schien der Redner von dem sonstigen Glauben an seine Partei so sehr verlassen, daß er einen Hauptsatz der schwäbischen Radicalen förmlich verläugnete und preisgab, nämlich den, daß der Anstoß zur Constituirung Deutschlands vom freihheitlichen Süden ausgehen müsse. Die Initiative, meinte er in ungewohnter Bescheidenheit, könne natürlich nicht von dem kleinen Süden ausgehen, sondern stehe nur dem edlen großen preußischen „Volk“ zu.

Auch ein solches Zugeständniß ist bemerkenswerth. Sonst ist freilich von Bekehrung oder Besserung unserer heimgekehrten Zöllner wenig zu spüren. Selbst wenn sie erfolgt wäre, würde sie natürlich nicht so unbefan-

gen eingestanden, wie von unserem Exminister Frhrn. v. Linden, dem Gebieter unserer Reactionsepoche, der in Kiel trotz einem Nationalliberalen toastete. Die Sprache, welche einige der Heimgekehrten an ihre Wähler führen, ist von so musterhafter Deutlichkeit und erinnert in ihrer Ungezwungenheit wieder so sehr an die schöne Zeit der rothen Plakate, daß man das angelegentliche Bemühen sieht, sich von jedem etwa angeflogenen Verdacht einer Besserung aufs sorgfältigste zu reinigen. Auch versichern die Süddeutschen in ihrem officiellen Rechenschaftsbericht ausdrücklich, daß die eigene Anschauung der Dinge und Personen im Norden sie in ihren Ueberzeugungen nur befestigt hätte, und noch immer sehen sie in den Verträgen nichts weiter als eine Garantie für die Selbständigkeit der Südstaaten und für deren Trennung vom politischen Leben des Nordens.

Allein wenn auch eine Annäherung unserer Schwaben an die nationalen und freisinnigen Parteien im Norden in keiner Weise stattgefunden hat, so ist doch die Thatsache, daß sie im Zollparlament überhaupt aushielten, mitberietben und mitstimmten, — so wie die Dinge lagen — nicht zu unterschätzen. Ganz so eigenthümlich, wie man fürchten mußte, haben sie sich doch nicht erwiesen. Sie waren gewählt als die entschiedensten Feinde nicht bloß des Nordbundes, sondern selbst des Zollparlaments. Wir wollen nicht wiederholen, mit welchen schmeichelhaften Namen sie diese Institution belegt hatten, bevor sie sich selbst um Sitze in derselben bewarben. Im Anfang war die Frage, ob sie überhaupt nach Berlin gehen oder mit einem Generalprotest zu Hause bleiben werden. Es schien wirklich unmöglich, daß Moritz Mohl in einem Parlament sitze, das der König von Preußen nach seiner Hauptstadt berief. Als sie doch nach Berlin gingen, hieß es, sie würden wenigstens die erste beste Gelegenheit ergreifen, mit einem Protest ihre Mandate niederzulegen. Protest, Protest! war die Mahnung, die ihnen täglich ihr Organ nach Berlin zurief. In jedem Falle sollten sie dort eine rein negative Haltung einnehmen, gegen alle und jede Vorlage der Regierungen stimmen. Nichts von dem allen geschah. Gleich im Beginn kam die überraschende Kunde, daß die erste Vorlage der Regierungen — es war freilich nur der Handelsvertrag mit Spanien — einstimmig angenommen sei, also auch die Süddeutschen hatten ihre Zustimmung nicht vorenthalten, sie waren mit bei der Arbeit. Und sie blieben dabei, auch als die Tage kamen, von denen sie sagen mußten: sie gefallen uns nicht. Sie stimmten nicht nur mit, sondern sie redeten auch mit, und so lebhaft war ihre Bethheiligung an den Debatten, daß einer der 17 Schwaben es war, welcher sich das schmückende Beiwort „der häufigste Redner des Parlaments“ erwarb. Bei der Abstimmung über den französischen Handelsvertrag geschah sogar das unerwartete, daß sie sich spalteten in eine verträgliche und eine unverträgliche Hälfte, und

somit der Landsmannschaftliche Charakter, den sie sonst so ängstlich wahrten, erschüttert wurde. Es zeigte sich, daß, wenn sie nur an den Arbeiten sich betheiligten, allmählich die sachlichen Momente auch die eigenfinnigsten Vorsätze durchbrechen mußten. Insofern kommen sie doch als andere von Berlin zurück als sie hingezogen sind. Auch insofern, als sie sich stets ganz nachdrücklich auf die Verträge beriefen, die ihnen innerlich so widerstreben und die ihnen jetzt unentbehrlich sind als der Anhalt für ihre Defensiv. Thüngen und Probst im Parlament selbst, Desterlen in der Volksversammlung vom 18. Mai betheuertem um die Wette ihre Treue gegen die Verträge, an welchen der Süden redlich festhalten werde, und die ja eigentlich, wie Desterlen meinte, gar nicht nöthig gewesen wären, da der Süden ohnehin wisse, was die nationale Pflicht erfordere; und noch im Rechenschaftsbericht haben die vertragsmäßigen Pflichten ihre Stelle gefunden.

Freilich ist es eine eigenthümliche Auslegung dieses Vertragsverhältnisses, wenn dasselbe Aktenstück gleichzeitig, wenn auch in verschämter Weise, wieder die alten Südbunds Ideen erneuert. Und selbst in dieser Verklammerung behagte den Strengeren in der Partei, die Hindeutung auf die Verträge nicht. Etliche, wie der berühmte Urheber der „modernen Versimpelung“, weigerten sich gerade deshalb, den Rechenschaftsbericht zu unterzeichnen, und mancher, der ihn unterschrieb, that es vielleicht mit dem stillen Gedanken, daß man die Verträge natürlich so lange halte, als man sie eben halten müsse. Steht ja doch auch der Name des Frhrn. v. Neurath unter dem Aktenstück, und in den Organen der süddeutschen Fraction ist gegenwärtig keine Phrase so beliebt, als daß diese Verträge selbstverständlich nur ein Stück Papier seien, daß sie schnurstracks der Politik der Volkspartei zuwiderliefen, daß sie verfassungswidrig zu Stande gekommen, daß sie nur aufgezwungen seien und daß man sie sobald als möglich wieder demoliren müsse.

Allein daß die parlamentarischen Vertreter der Partei in ihrer officiellen Sprache gleichwohl genöthigt sind, sich auf den Boden der Verträge zu stellen, derselben Verträge, die sie vor wenigen Monaten aufs leidenschaftlichste bekämpft und zu Fall zu bringen versucht hatten, das ist denn doch ein sprechendes Symptom der veränderten Lage. Sie sehen sich auf einen Boden gedrängt, den sie nur mit Widerstreben betreten haben, den sie noch kurz zuvor nicht hatten anerkennen wollen, und der ihnen doch jetzt unentbehrlich geworden ist. Und wenn sie diese Verträge auch nur als Waffe gebrauchen, mit der sie jede weitere Annäherung an den Norden abweisen, als Schild, hinter dem sie wäghen ungestrast Sonderbündelei treiben zu dürfen, so steht doch nicht ihnen allein die Auslegung des Vertragsverhältnisses zu, und es wird dafür gesorgt werden, daß auch die Pflichten, die daraus entspringen, die Consequenzen, zu welchen sie führen, nicht vergessen bleiben.

Wiederholt ist den Südstaaten ausdrücklich die Freiheit ihrer Entschlüsse gewahrt worden. Es soll keinerlei Zwang auf sie ausgeübt werden, Graf Bismarck erinnerte an sein Rundschreiben vom 7. Septbr. vor. J., und der König verkündigte in der Schlußrede, daß nicht die Macht, die ihm Gott gegeben, sondern einzig die Rechte, die aus den eingegangenen Verträgen fließen, die Richtschnur der preussischen Politik sein werden. Allein es scheint uns doch nicht zufällig, daß der König bei diesem Anlaß an die Macht, die er in Händen hat, wenigstens erinnerte. Es ist dies in schonendster Form doch wohl ein unmißverständlicher Wink für den Fall, daß die Südstaaten gar zu kühn in ihrer Auslegung des Vertragsverhältnisses werden oder Lust verspüren sollten, Mißbrauch mit der Freiheit zu treiben, die ihnen im Vertrauen auf die wachsende nationale Gesinnung im Süden bewilligt ist.

Vom linken Mainufer.

Das Zollparlament und seine Gegner.

Wenn wir nicht irren war es der Abgeordnete Bölk, der bei den vieler Festlichkeiten auf die nach dem Süden zurückkehrenden Zollparlamentsabgeordneten als auf die Missionäre des Deutschthums einen Toast ausbrachte. Es hat uns dies an die Hoffnungen erinnert, welche die französische Presse regelmäßig beim Scheiden barbarischer Fürsten aus der „Hauptstadt der Civilisation“ ausspricht. Unmöglich — heißt es dann gewöhnlich — kann der Eindruck verloren gehen, der diesen Fremdlingen durch das wunderbare Schauspiel europäischer Gefittung und Cultur geboten wurde; sie werden bestrebt sein, europäische Institutionen auf ihren heimischen Boden zu verpflanzen u. s. w. Die wilden Excellenzen und Durchlauchtigkeiten nickten zu alle diesem freundlichst: Ja. Nach Hause zurückgekehrt, beginnen sie aber wiederum in gewohnter Weise zu köpfen, spießen und confisciren u. s. w. Unsere Süddeutschen mit Wilden vergleichen zu wollen, kommt uns natürlich nicht in den Sinn. Der Vergleichungspunkt ist ein anderer. Der gemeinsame Haß gegen Preußen war das Band, welches die süddeutsche Fraction zusammenhielt. Unter dieser Fahne hatten sich die Majoritäten zusammengesunden, welche die Thüngen, Sepp, Ammermüller und Mohl nach Berlin sandten. Werden diese Männer, nach Hause zurückgekehrt, wirklich sagen: „Die Norddeutschen sind nicht so schlimm, wie wir sie in unseren Wahlproclamationen